



Protokoll der 12. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. August 2009, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Raissa Bonjour, Sabine Sutter, Lorenz Rudin

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen BPK und GPK ://: Wahl von Lorenz Rudin (FDP) in BPK und von Andreas Lirgg (SVP) in GPK.	2009/72
2. Wasserversorgung: Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2 ://: Überweisung an BPK.	2008/206 2008/206a 2008/206b
3. Bericht des Stadtrates zum Postulat des Einwohnerratsbüros betreffend Mobilfunkantennen auf dem Gitterli ://: Kenntnisnahme von Bericht mit Abschreibung von Postulat.	2008/36 2008/36a
4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Wasserturmplatz-Neugestaltung, Projekt- und Kreditgenehmigung ://: Genehmigung BPK-Anträge.	2009/53 2009/53a
5. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Mutation Teilzonenvorschriften Wasserturmplatz ://: Genehmigung BPK-Antrag in 1. und 2. Lesung.	2009/52 2009/52a
6. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Aus Grünabfuhr wird Biopower“ ://: Kenntnisnahme von Zwischenbericht.	2008/30 2008/30a
7. Radrouten / Bericht des Stadtrates zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend sicheren Veloverbindungen zu Schule und Sport ://: Überweisung an BPK.	2007/148 2007/148a
8. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.	2008/24
9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist der SVP-Fraktion betreffend Verkehrsumlagerung im Zentrum Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.	2009/41

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| 10. | Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal
<i>://: Überweisung an Stadtrat.</i> | 2009/42 |
| 11. | Postulat von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend professionellem Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal
<i>://: Überweisung an Stadtrat.</i> | 2009/47 |
| 12. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend massiven (börsenbedingten?) Unterdeckung der BLKP
<i>Erledigt nach Beantwortung Stadtrat.</i> | 2009/54 |
| 13. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Regina Vogt der FDP-Fraktion betreffend Einführung einer neuen Fussgängerkultur in Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/56 |
| 14. | Motion von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse
<i>Vertagt.</i> | 2009/57 |
| 15. | Postulat von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion betreffend dem Erstellen des ausstehenden Trinkwasserversorgungskonzeptes Liestal
<i>Rückzug von Vorstoss durch Postulanten.</i> | 2009/71
2009/71a |
| 16. | Fragestunde | - |

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Einwohnerratssitzung und heisst speziell Herrn Andreas Lirgg (SVP) als neues Parlamentsmitglied im Einwohnerrat willkommen.

In seiner Antrittsrede richtet Adrian Mächler (FDP) folgende Worte an die Anwesenden:

„Max Braun hat es in seiner Karikatur in der Oberbaselbieter Zeitung zum Einwohnerratspräsidium dargestellt: Daumen hoch. Damit wollte er sicher sagen: Es kommt gut für Liestal. Und somit bin ich beim Thema: Was will der Einwohnerrat, was wollen die einzelnen Einwohnerratsmitglieder und der Stadtrat, beziehungsweise was heisst das für uns im Rat? Ich denke, alle wollen das Beste für Liestal. Leider sind damit die Gemeinsamkeiten wahrscheinlich erschöpft. Was ist das Beste für Liestal? Da gehen die Meinungen ganz weit auseinander. Parkplätze oder Grünflächen? Fussgängerzone oder Verkehrsachse? Kleinstädtische Erscheinung oder Stadt? Urban soll Liestal sein, aber mit Charme. Fussgängerfreundlich, soll einladen zum Flanieren und Einkaufen, aber verkehrstechnisch optimal erschlossen. Das sind die auseinanderdriftenden Zielvorstellungen. Denken wir noch an die Wege, die zu den verschiedenen Zielen führen, wird es erst richtig verwirrend: Immer ein wenig Bauen wie beispielsweise auf der Achse Bahnhofplatz-Törlplatz, eventuell mit Pausen oder auf einmal alle Arbeiten durchziehen? Jeder von uns hat einen Hintergrund. Er kommt aus einem Umfeld, das ihn geprägt hat, er gestaltet heute sein Umfeld und hat Ideen, wie das Umfeld in Zukunft sein sollte. Da ist es doch völlig normal, dass alle zum selben Thema andere Vorstellungen haben. Weil ja alle nicht ganz richtig und nicht ganz falsch liegen, müssen im Rat konsensfähige Lösungen erarbeitet werden. In vielen Fällen ist es nicht entweder oder, sondern sowohl als auch – aber eben nicht von allem 100%. Wir sind dann nicht ganz zufrieden und nicht ganz unzufrieden. Aber wir haben einen Entscheid gefällt, der Liestal vorwärts bringt. Wir wollen Liestal weiterentwickeln, wir wollen Lösungen, die den Bedürfnissen der Einwohner gerecht werden, umweltverträglich und zahlbar sind. Und schon wieder: Bei jedem dieser drei Stichworte stellt sich jeder etwas anderes vor. Hilfreich ist es, einander zuzuhören – versuchen, die anderen zu verstehen, ihre Gedankengänge nachzuvollziehen. Die Gedankengänge sind nicht falsch, sie basieren einfach auf einem anderen Ansatz. Gerne wird schwarz/weiss argumentiert. Dabei gibt es doch unendlich viele Grauwerte – nicht Grauzonen – oder Farbtupfer, welche auch betrachtet werden sollten. Was tun? Lösungen anstreben mit Augenmass – urban aber nicht grossstädtisch. Die eigene Position und die Überlegungen dazu darlegen und die andere Position gelten lassen ist nicht einfach; einen gemeinsamen Nenner finden und darauf aufbauen; über den eigenen Schatten springen. Deshalb ist auch die Kommissionsarbeit so wichtig: im geschlossenen Kreis wird gearbeitet, nicht debattiert, gemeinsam wird um Lösungen gerungen und in der Regel ein Konsens erreicht. Und im Rat? Mein Vorschlag: Wir halten kurze Voten, machen klare Aussagen, sagen das Wichtigste und begründen, warum man diese Position einnimmt. Zudem hören wir zu und akzeptieren andere Meinungen. Wir sind sicher, dass alle das Beste wollen – auch die anderen im Saal. Wir verlieren uns nicht im Detail und behalten die grosse Linie im Auge. Personen von der Sache trennen - das können wir bereits gut. Wir schauen vorwärts. Damit ist die Sitzung eröffnet und Daumen hoch!

Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 13.05.2009 und 24.06.2009

Der Ratspräsident informiert darüber, dass vom Ratsbüro am 20.08.2009 das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 13.05.2009 mit folgender Änderung auf Seite 229, Votum von Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) genehmigt wurde: Das Wort „rund“ ist zu streichen.

Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 24.06.2009 ist ohne Änderungen genehmigt worden.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert kurz über die wichtigsten Entscheide der letzten Bürositzung vom 20.08.2009:

- Wahl von Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) als GEB-Mitglied und von Andreas Lirgg (SVP) als GEB-Ersatzmitglied.
- Genehmigung von Terminplan 2010 und Detail-Terminplan 2010. Der Einwohnerratsausflug ist auf 29.05.2010 terminiert worden und wird von Markus Meyer organisiert.
- Die Beschlussprotokolle der Einwohnerratssitzungen werden nach wie vor im Internet eingestellt und nicht als pdf-Datei an alle Einwohnerratsmitglieder vermailt. Dem Ratssekretär ist bis am Schluss der heutigen Sitzung mitzuteilen, ob die Einwohnerratsmitglieder die Protokolle der Einwohnerratssitzungen in Papierform oder als pdf-Datei (E-Mail) erhalten möchten.

Gemäss Mail des Ratssekretärs vom 24.08.2009 können beim Eingang zum Landratssaal folgende Dokumente in Papierform bezogen werden:

- Adressverzeichnis Einwohnerrat, Fassung vom 19.08.2009
- Sitzplan Einwohnerrat im Landratssaal, Fassung vom 21.08.2009
- Terminplan 2010 und Detail-Terminplan 2010 des Einwohnerrates

Dem Einwohnerrat sind vorgängig der heutigen Ratssitzung folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Kantonales Verwaltungszentrum, Positionspapier Stadt vom 11.08.2009
- Revidiertes Postulat Nr. 2009/71a von Hanspeter Zumsteg betreffend Trinkwasserversorgungskonzept Liestal
- Elterninformation „abc...“
- Flyer „Jugendmitwirkungstag vom 19.09.2009“
- Flyer „Integra vom 05.09.2009“

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf den verteilten Flyer betreffend dem Jugendmitwirkungstag vom 19.09.2009 im Rathaus Liestal und informiert kurz über Sinn und Zweck dieses Projektes, welches von der Jugendkommission lanciert wurde.
- Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf das aufgelegte Tischpapier „Kantonales Verwaltungszentrum, Positionspapier Stadt“ und hält ergänzend fest, dass betreffend dem Projekt des Kantons noch das Postulat Nr. 2009/46 im Einwohnerrat hängig ist. Die Stadt kann sich in der kantonalen Planungsgruppe einbringen, doch möchte er vor einem Vorprellen mit den Begehrlichkeiten des Einwohnerrates sowie des Stadtrates in der jetzigen Planungsphase warnen. Der Einwohnerrat wird auch künftig über den Stand der Dinge informiert werden.
- Stadtrat Ruedi Riesen orientiert, an der Informationsveranstaltung der Investoren betreffend dem Manor-Projekt während der Sommerferien hatten nicht viele der Eingeladenen teilgenommen. Die Herren Jungo und Feutz hatten dem Stadtrat an seiner gestrigen Sitzung das Projekt mit Plänen vorgestellt. Dem Einwohnerrat wird für die Oktober-Sitzung noch eine Vorlage betreffend der finanziellen Belange zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet.

Stimmzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--------------------|
| - Regula Nebiker | 1: Seite FDP |
| - Philipp Senn | 2: Mitte |
| - Elisabeth Augstburger | 3: Seite SP, Grüne |
| - Markus Meyer | 4: Büro |

Büromitglied Philipp Senn muss nach der Pause die Einwohnerratssitzung verlassen und wird durch Franz Kaufmann (SP) als Stimmzähler vertreten.

Anstelle von Raissa Bonjour wird Regula Nebiker der SP-Fraktion an der heutigen Sitzung im Büro Einsitz nehmen. Anstelle von Sabine Sutter nimmt Hans Brodbeck der FDP-Fraktion Einsitz im Büro.

Neue persönliche Vorstösse:

Es sind keine neuen politischen Vorstösse eingereicht worden.

Traktandenliste

- a) Vorlage „Mutation Teilzonenvorschriften Wasserturmplatz“ (Nr. 2009/52, Nr. 2009/52a)

://: Dem Vorschlag des Büros wird zugestimmt, dass die erste Lesung vor der Pause und die zweite Lesung nach der Pause stattfinden soll. Sollte in der 1. Lesung nicht eine 4/5-Mehrheit dem BPK-Antrag zustimmen, würde die 2. Lesung auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 23.09.2009 tratkandiert.

- b) Postulat „Trinkwasserversorgungskonzept Liestal“ (Nr. 2009/71, Nr. 2009/71a)

://: Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass von Hanspeter Zumsteg (GL) das von ihm eingereichte Postulat mit Schreiben vom 23.08.2009 zurückgezogen wurde und der Postulant auf eine eigene Stellungnahme verzichtet.

100 0.01.011.01 Einwohnerrat

**1. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen BPK und GPK
(Nr. 2009/72)**

Pascal Porchet (FDP) empfiehlt den Einwohnerratsmitgliedern die Wahl des neuen Einwohnerratsmitgliedes Lorenz Rudin in die Bau- und Planungskommission.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung wünscht und über die beiden Wahlvorschläge offen abgestimmt werden kann.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen werden einstimmig Lorenz Rudin (FDP) in die Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Andreas Lirgg (SVP) in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt.

101 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wasserversorgung: Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2 (Nr. 2008/206, Nr. 2008/206a, Nr. 2008/206b)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) teilt mit, dass das Büro die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) vorschlägt.

Hanspeter Zumsteg (GL) nimmt Bezug auf die Bürositzung vom 20.08.2009 und weist darauf hin, dass in mehreren Voten die Ausarbeitung von Lösungsvarianten gefordert wurden: Ausbau der Trinkwasserversorgung mit Wasserbezug oberhalb von Liestal in einem erweiterten Gemeindeverbund und Trinkwasserbezug aus einem Regionenverbund unterhalb von Liestal. Gemäss Aussage von Regierungsrat Jörg Krähenbühl vom Juni 2009 ist die Grundwasserqualität Hardwald instabil, im stadträtlichen Bericht fehlen die variablen Kosten, die Risiken werden nicht aufgezeigt und auch keine Variantenvergleiche angestellt. Seine Fraktion kann der Überweisung an die BPK zustimmen.

Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, seine Fraktion stimme dem Vorschlag für eine Überweisung der Vorlage an die BPK zu. Seinem Vorredner wird empfohlen, die verschiedenen Fragen und Bedenken in der BPK-Beratung einzubringen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) sagt, auch seine Fraktion ist für eine Überweisung an die BPK. Der BPK werden zwei Gedanken mitgegeben: Mit der Zollschi-erweiterung erfährt die Grundwassernutzung doch Einschränkungen und so sollte sich der Bund auch an den Folgekosten beteiligen müssen. Ferner sollte geprüft werden, ob nicht auch in Notfällen das Wasser vom Regionenverbund geliefert werden könnte, somit würde ein Wasserbezug von der Hardwasser AG unnötig werden.

://: Der stadträtliche Bericht betreffend der Wasserversorgung beziehungsweise dem Anschluss an die Regionenverbund 1-9-2 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

102 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Bericht des Stadtrates zum Postulat des Einwohnerratsbüros betreffend Mobilfunkantennen auf dem Gitterli (Nr. 2008/36, Nr. 2008/36a)

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) führt aus, der stadträtliche Bericht beinhaltet einige Widersprüche und führt zu weiteren Unklarheiten, so dass seine Fraktion mit der Vorlage eigentlich nichts anfangen kann. Es ist schade, dass die Arbeiten im Zusammenhang mit dem vorliegenden Bericht mit Steuergeldern finanziert werden. Einwohnerrat Adrian Mächler hatte in einer früheren Sitzung mit einer Demonstration die Auswirkungen von Mobilfunkstrahlungen verdeutlicht und zum besseren Verständnis erklärt. Nun werden im vorliegenden Bericht ganz andere Aussagen gemacht. Seine Fraktion stimmt den Anträgen zu, obwohl niemand über den vorliegenden Bericht glücklich sein dürfte.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) äussert, ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen. Positiv ist, dass die Stadt gemeinsam mit den Mobilfunkanbietern Lösungen sucht. Wie bereits früher erwähnt und gewünscht wurde, sollte noch das Zahlenmaterial betreffend den Grenzwerten sowie Messergebnissen nachgeliefert werden.

Franz Kaufmann (SP) kann den Sprecher der SVP-Fraktion nicht ganz verstehen, wird doch im Zusammenhang mit der Forderung der Petitionäre für einen Verzicht auf eine Mobilfunkantenne im stadträtlichen Bericht abschliessend festgehalten, dass im Gitterli-Areal nicht mit dem Erstellen einer Mobilfunkantenne zu rechnen ist, was für die Petitionäre aus dem Rosenquartier ganz entscheidend sein dürfte. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Erika Eichenberger (GL) bemerkt, die Aussage in der stadträtlichen Vorlage, dass eine Dezentralisierung der Anlagen gegenüber einem gemeinsamen Standort keine Vorteile betreffend der Strahlung mit sich bringen wird, im Widerspruch zu den Aussagen von Einwohnerrat Adrian Mächler im Zusammenhang mit der früher gemachten Demo steht. Ziel muss es doch sein, dass die Strahlungen gerecht verteilt werden. Es fehlt aber noch immer ein Übersichtsplan mit den Antennen-Standorten und Strahlungswerten, welche dem Einwohnerrat nun doch endlich zur Kenntnis gebracht werden sollten.

Martin Spiess (FDP) nimmt Bezug auf den stadträtlichen Bericht und stellt fest, dass schlussendlich wohl oder übel doch eine Mobilfunkantenne im Gitterli stehen könnte, würden die Alternativ-Lösungen keinen Erfolg versprechen. Eine sinnvolle Strahlenverteilung macht Sinn.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, ob denn der Einwohnerrat über das weitere Vorgehen wieder informiert wird.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) bemerkt, dass diese Frage nicht beantwortet werden kann, da Stadtrat Ruedi Riesen noch nicht präsent ist. Die gestellte Frage könnte noch in der heutigen „Fragestunde“ thematisiert werden. Nach Umfrage kann er feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2008/36a wird einstimmig Kenntnis genommen.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2008/36 abgeschrieben.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) weist darauf hin, dass das Petitionskomitee bzw. die IG Rosen über die Einwohnerratsbeschlüsse noch schriftlich informiert wird.

103 0.01.011.01 Einwohnerrat

**4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission
betreffend Wasserturmplatz-Neugestaltung, Projekt- und Kreditge-
nehmigung (Nr. 2009/53, Nr. 2009/53a)**

Matthias Zimmermann (SP) nimmt vorgängig seiner Ausführungen zum BPK-Bericht noch Stellung betreffend dem heutigen E-Mail von Herrn Raoul Rosenmund an alle Einwohner-ratsmitglieder: Das Intervenieren im letzten Moment ist eine ungeschickte Einmischung des Architekten, nachdem das Geschäft in der BPK während vier Monaten beraten wurde und der Architekt gar bei einer BPK-Sitzung präsent war. Betreffend dem Vorwurf an die BPK bezüglich einem laienhaften Gutdünken ist er namens der BPK schon etwas betupft, basieren doch die Anträge auf politischen Entscheiden, und so muss vielmehr das Vorgehen des Schreibenden als laienhaft bezeichnet werden. Hinsichtlich des BPK-Berichtes werden folgende grundsätzlichen Punkte speziell erwähnt und kurz erörtert: Auf Antrag der BPK wurde vom Einwohnerrat das Projekt um ein Jahr auf das Jahr 2010 vorgezogen, damit die Verkehrsachse ohne Verzögerungen realisiert und die öffentlichen Räume wie beispielsweise der Wasserturmplatz als letztes Glied der Kette wieder der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können. An der letzten BPK-Sitzung wurde realisiert, dass das Stadtobjekt keine Mehrheit finden wird. Deshalb beantragt die BPK einstimmig, dass heute nur der Kredit für die Wasserturmplatzgestaltung bewilligt wird. Der Stadtrat soll dem Einwohnerrat ein neues Projekt mit einer eingeschossigen Busstation vorlegen, welches gemäss bereits erfolgten Absprache mit dem Stadtbauamt zusammen mit der BPK ausgearbeitet werden soll.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, auch er habe als BPK-Mitglied den Anträgen der Kommission zugestimmt. In den letzten Tagen hatte er sich nochmals intensiv mit dem Projekt auseinandergesetzt. Er bedauert es heute, den BPK-Anträgen zugestimmt zu haben, ist er heute doch ganz anderer Meinung. Bei der Vorberatung in der BPK wurde eigentlich nur das Stadtobjekt diskutiert und der Wasserturmplatz selbst wenig thematisiert. Die Bewilligung eines Investitionskredites von 1,85 Mio. Franken alleine für den neuen Platz macht keinen Sinn, da das Pflanzen von Bäumen, das Setzen von Sitzbänken usw. das Folgeprojekt einschränken und blockieren dürfte. Er stellt deshalb den Antrag, dass das Projekt betreffend Wasserturmplatzgestaltung um 1 Jahr sistiert wird. Sein Antrag wird noch schriftlich nachgereicht.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, die unendliche Geschichte betreffend dem Wasserturmplatz scheint weiter zu gehen. Nach hartem Ringen konnte in der BPK eine Kompromisslösung gefunden werden, weshalb seine Fraktion den Anträgen zustimmen wird. Bei einem Sistieren des Projektes dürfte es noch länger gehen und nun sollen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Bei einer Projektsistierung dürfte es zu weiteren Zeitverzögerungen betreffend der Wasserturmplatzgestaltung und auch der darüber führenden Verkehrsachse kommen. Seine Fraktion bringt nochmals den Wunsch vor, dass die Anzahl der Bäume auf dem Wasserturmplatz reduziert wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) stellt fest, dass in Liestal ein erfreulicher Schwung in die Umsetzung der Verkehrsplanung gekommen ist und einige Baustellen konnten bereits beendet werden. Im Zusammenhang mit der Wasserturmplatz-Neugestaltung hatte der Einwohnerrat im Frühjahr eine Beschleunigung beschlossen, was viele Vorteile mit sich bringen wird. Die Meinungen betreffend dem Stadtobjekt waren in der Fraktion geteilt. Im Sinne einer Konsenslösung stimmt seine Fraktion den BPK-Anträgen zu. Der gewählte Standort der Busstation auf dem Wasserturmplatz ist ideal, weil er wichtige Merkmale erfüllt. Seine Fraktion fordert deshalb ausdrücklich, dass am vorgesehenen Standort eine attraktive Busstation geplant und realisiert wird.

Hans Brodbeck (FDP) erinnert daran, dass die ablehnende Haltung seiner Fraktion zum Stadtobjekt anfänglich heftig kritisiert wurde, doch ist daraus eine allgemeine Zustimmung entstanden. Seine Fraktion ist nun ausserordentlich froh darüber, dass heute über eine Busstation und nicht über ein Stadtobjekt mit riesengrossem Bildschirm diskutiert wird. Die Planung einer neuen Busstation wird nicht einfach sein. Seine Fraktion will keinen massiven Baukörper, sondern eine filigrane transparente Lösung, reduziert auf die Funktion einer Busstation. Das heisst ohne WC-Anlage, Kiosk und Imbissstand. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Paul Pfaff (SVP) betont, dass der Wasserturmplatz noch der letzte grosse Platz im Stedtli ist, welcher für Grossanlässe zur Verfügung steht. Mit der geplanten Neugestaltung mit Bäumen und festen Infrastrukturen wird künftig keine multifunktionale Nutzung dieses Platzes mehr möglich sein. Bei der Wasserturmplatz-Neugestaltung sollte deshalb unbedingt darauf geachtet werden, dass der Platz auch künftig innert Kürze als Festplatz bereitgestellt werden kann.

Franz Kaufmann (SP) erklärt, seine Fraktion wird den beiden BPK-Anträgen zustimmen. Der Antrag von Gerhard Schafroth wird zur Ablehnung empfohlen. Der Antragsteller befindet sich auf einem Zickzack-Kurs, hatte doch das Stadtbauamt gemäss Vorschlag von Gerhard Schafroth Investoren für das Stadtobjekt gesucht. Nachdem zwei schriftliche Investoren-Angebote vorlagen, wurde von Gerhard Schafroth das Stadtobjekt als unschön bezeichnet und die gänzliche Streichung des Stadtobjektes vorgeschlagen. Nach dem ganzen Hin und Her konnte in der BPK doch noch ein Konsens gefunden werden, wobei die einstimmig beschlossenen BPK-Anträge mit dem soeben formulierten Antrag gleich wieder umgestossen werden sollen. Auch in der SP-Fraktion waren die hohen Investitionskosten ein Thema. Er selbst hatte mit einer Minderheit für das Stadtobjekt gekämpft. Mit etwas mehr Mut und weniger Zögern hätte das Stadtobjekt realisiert werden können, wie dies beispielsweise in Seltisberg mit dem neuen Gemeindezentrum möglich war. Das Stadtobjekt hätte nebst dem Aussichtsturm, dem Banntag usw. eine weitere Attraktion im Sinne des Stadtmarketings werden können. So wäre es beispielsweise auch interessant zu wissen, weshalb Martin Spiess als damaliger Vertreter des örtlichen Gewerbes sich positiv als Jurymitglied zum Stadtobjekt geäussert hatte und sich heute als Einwohnerrat nun gegen dieses Projekt ausspricht.

Erika Eichenberger (GL) unterstützt das Votum ihres Vorredners und meint, auch im Liestaler-Einwohnerrat sollten visionäre Ideen Platz haben können. Sie bedauert es, dass das Gesamtprojekt, bestehend aus Stadtobjekt und Wasserturmplatz, scheiterte. Sie wünscht sich, dass künftig im Einwohnerrat nicht gleich jedes Projekt zerpfückt wird.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) äussert, nicht nur seine Fraktion, sondern auch weite Teile der Bevölkerung begrüssen einen offenen Wasserturmplatz. Sollen tatsächlich grössere Investition für die Beschattung von Autoparkplätzen getätigt werden? Bäume gehören in den Wald und nicht auf öffentliche Plätze, weshalb die dafür eingestellten finanziellen Mittel sinnvollerweise eher der Bürgergemeinde für das Pflanzen von Bäumen im Wald zur Verfügung gestellt werden sollten.

Stadtrat Ruedi Riesen schliesst sich den Worten von Franz Kaufmann an und bedauert, dass das Projekt von Architekt Raoul Rosenmund nicht realisiert werden kann. In einem Bericht von Hanspeter Meyer im letzten Liestaler-Fänschter wurde in einem geschichtlichen Abriss die Entstehung des Wasserturmplatzes aufgezeigt. Der Wasserturmplatz ist nicht gewachsen und kann als erzwungener Vorstadtplatz bezeichnet werden, weshalb dieser beispielsweise nicht mit dem Zeughausplatz verglichen werden kann. Die Problematik liegt darin, dass der Wasserturmplatz sehr stark vom Fussgängerverkehr und motorisierten Verkehr frequentiert wird und einen wichtigen Bestandteil der Verkehrsachse bildet. Eine Zufahrt in den Fischmarkt mit Linksabbieger vor dem Törli mit Gegenverkehr macht eine Verbreiterung des Wasserturmplatzes nötig, was er bereits im Zusammenhang mit der von Michael Bischof ein-

gereichten Motion erwähnt hatte. Für ein Funktionieren des vom Einwohnerrat genehmigten Verkehrskonzeptes ist eine Wasserturmplatz-Neugestaltung ein wichtiger Bestandteil davon. Auf die Finanzierung des Projektes möchte er nicht mehr näher eingehen, ist diesbezüglich von Franz Kaufmann schon genügend gesagt und erklärt worden. Sollte der Einwohnerrat den BPK-Anträgen zustimmen, würde in einer Startsituation zusammen mit Planern und BPK-Mitgliedern das weitere Vorgehen besprochen. Auf Vorgaben und Auflagen des Einwohnerates zur architektonischen Gestaltung sollte aber verzichtet werden, da diese zu stark einschränken würden. Gar unmöglich dürfte es sein, dass man beispielsweise bezüglich einer ästhetisch schönen Platzgestaltung auf einen gemeinsamen Nenner kommen dürfte. Dem Einwohnerrat wird vom Stadtrat die Genehmigung der BPK-Anträge empfohlen.

- ://: Der Antrag von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend einer Sistierung des Projektes um ein Jahr wird mit 6 Ja-Stimmen bei 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.
- ://: Dem Antrag der BPK betreffend der Genehmigung des Bauprojektes und eines Kredites von CHF 1'850'000.-- für die Gestaltung des Wasserturmplatzes ohne Stadtobjekt wird mit 28 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.
- ://: Auf den Antrag der BPK, dass der Stadtrat mit der Ausarbeitung einer neuen Vorlage „eingeschossige Busstation“ im bisherigen Planungssperimeter beauftragt wird, entfallen 26 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

104 0.01.011.01 Einwohnerrat

**5. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission
betreffend Mutation Teilzonenvorschriften Wasserturmplatz (Nr.
2009/52, Nr. 2009/52a)**

1. Lesung

Matthias Zimmermann (SP) nimmt als BPK-Kommissionspräsident Bezug auf den vorgängigen Entscheid betreffend der Wasserturmplatz-Neugestaltung und stellt fest, dass nach der Streichung des Stadtobjektes die Teilzonenvorschriften betreffend dem Wasserturmplatz entsprechend anzupassen sind.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert anhand eines projizierten Situationsplanes über die Mutation der Teilzonenvorschriften beziehungsweise die notwendig gewordenen Anpassungen nach der Streichung des Stadtobjektes.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Damit ein obligatorisches Referendum nicht zustande kommt, bedarf es einer 4/5-Mehrheit bei der einwohnerrätlichen Beschlussfassung. In Absprache mit BPK-Präsident Matthias Zimmermann ist der Antrag der BPK dahingehend zu ändern, dass vom Einwohnerrat die Mutation Teilzonenvorschriften Zentrum Wasserturmplatz nicht zu genehmigen, sondern zu beschliessen ist.

://: Gemäss Antrag der BPK beschliesst der Einwohnerrat in 1. Lesung die Mutation Teilzonenvorschriften Wasserturmplatz mit 29 Ja- Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass in der ersten Lesung die 4/5-Mehrheit knapp erreicht wurde und die 2. Lesung nach der Pause stattfinden wird.

* * * * *

2. Lesung

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert nach der Pause bzw. Fragestunde, dass nun in zweiter Lesung die Vorlage Nr. 2009/52a beraten wird.

Matthias Zimmermann (SP) erläutert als BPK-Präsident nochmals kurz, dass der von der BPK in der Vorlage Nr. 2009/52a formulierte Antrag einstimmig dem Einwohnerrat zur Genehmigung beantragt wird. Damit wird die Planungsgrundlage für die Wasserturmplatzneugestaltung und die Voraussetzungen für die neue Busstation gemäss Vorlage Nr. 2009/53a geschaffen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf sein Votum in der ersten Lesung und stellt fest, dass ihm die Antragstellung nach der neuen Meinungsbildung sicher nicht leicht gefallen ist. Eine Mutation der Teilzonenvorschriften macht keinen Sinn, wenn man noch nichts Konkretes über das neue Projekt betreffend der Busstation weiss. Seine Fraktion wird deshalb den BPK-Anträgen nicht zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) erinnert daran, dass der einstimmig gefällte BPK-Antrag auf einem Zusammenraufen aller Parteien für eine gemeinsame Lösungsfindung im Sinne von Liestal beruht. Der Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion wird nicht verstanden, würde damit doch die Wasserturmplatz-Neugestaltung und auch die Umsetzung des Verkehrskonzeptes verhindern. Der rote Faden auf der Verkehrsachse mit dem Wasserturmplatz soll weiter verfolgt und deshalb dem BPK-Antrag zugestimmt werden, weil ein Aufschieben des Projektes um ein Jahr wohl niemand verstehen würde.

Franz Kaufmann (SP) hält fest, dass sich nicht nur Gerhard Schafroth, sondern alle BPK-Mitglieder intensiv und bis ins Detail mit dem Geschäft auseinandergesetzt hatten. Der BPK-Antrag basiert auf einer Kompromisslösung im guten Sinn. Das Beharren auf dem Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion enttäuscht ihn und das Provozieren einer Volksabstimmung betreffend dem vorliegenden Geschäft ist schon mehr als peinlich, nachdem der Einwohnerrat vorgängig bereits dem Kredit für eine Platzneugestaltung zugestimmt hat.

Walter Leimgruber (SP) äussert, in früherer Zeit habe auch er die Motion von Michael Bischof betreffend dem Linksabbiegen vor dem Törli auf den Wasserturmplatz bekämpft. Es muss bedacht werden, dass auch bei einer heutigen Gutheissung des Antrages von Gerhard Schafroth die anfallenden Kosten betreffend der neuen Verkehrsführung beim Wasserturmplatz so oder so anfallen würden. Mit einer Volksabstimmung würden aber unnötige zusätzliche Kosten anfallen.

Hans Brodbeck (FDP) präzisiert, es gehe beim jetzigen Geschäft nicht um eine Kreditvorlage sondern um den Zonenplan für die Realisierung des Wasserturmplatzes mit einer neuen Busstation. Ohne Genehmigung der Zonenvorschriften kann das Projekt betreffend der Platzgestaltung und noch zu beschliessenden neuen Busstation nicht weitergeführt werden.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) unterstreicht seine Stellungnahme in der ersten Lesung und meint, dass der Einwohnerrat nicht befugt ist, dem Volk die Stimme abzunehmen, wenn ein Grossteil der Bevölkerung der neuen Wasserturmplatzgestaltung nicht zustimmt. Insbesondere auch dann nicht, wenn rund 2 Mio. Franken für einen neuen Wald bewilligt werden.

Stadtrat Ruedi Riesen unterstützt das Votum und die Richtigstellung von Hans Brodbeck. Der Stadtrat weiss genau, wie der Platz neu gestaltet werden soll und hat die betreffenden Pläne dem Einwohnerrat und der BPK zur Kenntnis gebracht.

://: Gemäss Antrag der BPK beschliesst der Einwohnerrat in 2. Lesung die Mutation Teilzonenvorschriften Wasserturmplatz mit 30 Ja- Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass in der 2. Lesung die 4/5-Mehrheit erreicht wurde.

105 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Aus Grünabfuhr wird Biopower“ (Nr. 2007/148, Nr. 2007/148a)

Stadträtin Marion Schafroth hält auf Anfrage des Ratspräsidenten fest, dass sie zum stadträtlichen Zwischenbericht keine weiteren Ergänzungen zu machen hat.

Markus Meyer (SVP) zeigt sich als Postulant erfreut darüber, dass auf seinen Vorstoss reagiert und beispielsweise wieder eine Abfallkommission gebildet wurde. Seine Fraktion erwartet, dass mit dem Systemwechsel von der Kompostierung zur Vergärung von Grüngut der Bevölkerung keine Mehrkosten erwachsen werden.

Corinne Ruesch (GL) begrüsst es ebenfalls, dass vom Stadtrat wieder eine Abfallkommission eingesetzt wurde. Die Gebührenerhöhung war ja Auslöser der Diskussionen, doch ist zu bedenken, dass Gebühren auch eine steuernde Wirkung haben können. Denn sollten die Gebühren für die Grünabfallentsorgung zu hoch sein, dürfte das Grüngut wohl vermehrt im Abfall landen. Von der Abfallkommission wird deshalb erwartet, dass die Abfallkompetenz der Einwohnerschaft thematisiert wird. So wird beispielsweise in Basel das dezentralisierte Kompostieren in den Quartieren auf vielfältige Art unterstützt. Ihre Fraktion nimmt Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht.

Hans Brodbeck (FPD) erklärt, auch seine Fraktion wird vom Bericht Kenntnis nehmen. Nebst der Gebührenhöhen-Frage sollten sich der Stadtrat und die Abfallkommission nicht alleine mit der Entsorgung der Grünabfälle, sondern auch mit dem Sammeln des Grünguts befassen. Mit dem Wegfall unnötiger Transporte dürfte auch die Energiebilanz sowie CO2-Bilanz besser ausfallen.

Philipp Senn (SP) bemerkt, die SP-Fraktion wird den Bericht ebenfalls zur Kenntnis nehmen. Die Gebührenordnung sollte grundsätzlich betreffend allen Abfallarten hinterfragt werden. Als Mitglied der Abfallkommission wird er die einwohnerrätlichen Voten in der Kommission einbringen.

Claudia Gloor (CVP/EVP/GLP-Fraktion) hält fest, auch ihre Fraktion nimmt vom Bericht zustimmend Kenntnis.

://: Vom stadträtlichen Zwischenbericht wird einstimmig Kenntnis genommen.

106 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Radrouten / Bericht des Stadtrates zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend sicheren Veloverbindungen zu Schule und Sport (Nr. 2007/148, Nr. 2007/148a)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass das Einwohnerratsbüro sowie die CVP/EVP/GLP-Fraktion und die FDP-Fraktion eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2007/148a an die Bau- und Planungskommission BPK beantragen.

Erika Eichenberger (GL) begrüsst als Postulantin eine Überweisung an die BPK. Der stadträtliche Bericht basiert auf einer fundierten Analyse und zeigt erfreuliche Lösungsansätze auf. Der BPK möchte sie mitgeben, dass im stadträtlichen Bericht eine Gesamtsicht der einzelnen Massnahmen fehlt: Wie komme ich beispielsweise von A nach B mit dem Velo? Ferner ist zu überprüfen, ob die Forderung in ihrem Postulat für eine Integration und Umsetzung in der Jahresplanung erfüllt wird. Vor allem die stadträtlichen Vorschläge betreffend der Rheinstrasse, dem Radackerquartier, dem Rosenquartier und dem Tiergartenquartier sollten genauer geprüft werden.

Ernst Burkhardt (SP) ist dankbar für jeden kleinen Schritt, welcher zu Gunsten der Velofahrer unternommen wird. Der Bericht ist auch eine Schwachstellen-Analyse und die Planer haben sich an den Strassenplan angelehnt. So wird auch in der Vorlage erwähnt, dass beispielsweise verschiedene Streckenabschnitte noch gar nicht existieren, dass das grösste Sicherheitsrisiko auf den Hauptachsen des motorisierten Verkehrs besteht und dass bei einigen kommunalen und kantonalen Radrouten kaum Verkehrsanlagen zur Sicherheit der Velofahrer bestehen. Die BPK sollte diese Mängel und Pendenzen auflisten, damit diese bei der längerfristigen Planung berücksichtigt werden können. An dieser Stelle sei auch festgehalten, dass die Einführung von Tempo 20-Zonen und Tempo 30-Zonen wesentlich zur Sicherheit der Velofahrer beigetragen.

Margrit Siegrist (SVP) orientiert, ihre Fraktion werde den Anträgen für eine Überweisung an die BPK zustimmen. Auf eine ausführliche Argumentation wird verzichtet.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, auch seine Fraktion spricht sich für eine Überweisung an die BPK aus. Der Stadtrat wird gebeten, der BPK noch das Schwachstellenkonzept des Kantons und der Stadt Liestal zur Kenntnis zu bringen, damit anhand dieser Übersicht eine koordinierte Betrachtungsweise in der Kommissionsberatung möglich ist.

Stadtrat Ruedi Riesen bedauert es, dass dem Einwohnerrat nicht sämtliche Detailpläne zur Kenntnis unterbreitet werden können. Diesen kann nämlich entnommen werden, dass eine Vernetzung der kantonalen und kommunalen Radrouten bereits stattgefunden habe. Das vom Kanton und der Stadt Liestal gemeinsam erarbeitete Schwachstellenkonzept wird im Strassennetzplan einfließen. Aus Kostengründen müssen die Radrouten in Etappen geplant und realisiert werden.

://: Der stadträtliche Bericht Nr. 2007/148a wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

107 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept (Nr. 2008/24)

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung: Das Geschäft ist mehrmals an den letzten Einwohnerratssitzungen vertagt worden, weshalb ihm die Antworten zu den Fragen leider nicht mehr ganz präsent sind. Aus den formulierten Fragen kann konstatiert werden, dass Frenkendorf und Füllinsdorf nicht mehr an das Zentrum in Liestal angebunden sind und für einen Besuch von Liestal beispielsweise im Bächliacker umgestiegen werden muss. Mit dem bereits umgesetzten Konzept sind Umwege über den Bahnhof Frenkendorf/Füllinsdorf nötig, um mit dem Bus nach Liestal fahren zu können. Der 30-Minutentakt bei den Buslinien 75 und 78 erstreckt sich aktuell über den ganzen Tag, wobei vom Kanton ein kürzerer Takt geprüft wird. Die Frage zu den anfallenden Mehrkosten bei einem 15-Minutentakt der Linien 76 und 78 kann nicht beantwortet werden.

Ernst Burkhardt (SP) ist als Interpellant teilweise befriedigt mit der stadträtlichen Beantwortung seines Vorstosses. Das neue Buskonzept ist bereits umgesetzt, weshalb seine Fragen zum Teil auch schon überholt sind. Frenkendorf und Füllinsdorf sind mit dem neuen Busfahrplan von Liestal abgeschnitten worden. Er hofft, dass dieses Problem bei der nächsten Fahrplangestaltung gelöst werden kann. Fraglich ist beispielsweise auch, weshalb der Bus der Linie 80 nicht auf dem Wasserturmplatz anhält.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) führt aus, der Generelle Leistungsauftrag des Öffentlichen Verkehrs ist vom Landrat im Mai behandelt worden. Dabei sind auch Anträge betreffend der vom Interpellanten erwähnten Probleme für Frenkendorf und Füllinsdorf behandelt worden. Vom Regierungsrat werden diesbezüglich neue Lösungsansätze gesucht.

Hanspeter Meyer (SVP) informiert darüber, dass die Eingabefrist betreffend dem Fahrplandesign bereits am 16. Juni 2009 abgelaufen ist. Bedauerlicherweise wird Liestal mit der neuen Buslinienstrecke abgeschnitten und mit der neuen Route beispielsweise die Einkäufe in den Einkaufszentren der Nachbargemeinden begünstigt. Als Schwachstelle muss die Wartezeit für das Umsteigen im Bächliacker sowie die fehlende Erschliessung des Fraumattquartiers mit dem 80er-Bus erwähnt werden, welcher nicht mehr auf dem Wasserturmplatz anhält.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert darüber, dass in der stadträtlichen Stellungnahme dafür propagiert wurde, dass der Regionalbus weiterhin in der bisherigen Achterschleife verkehrt oder aber sternförmig Liestal mit den verschiedenen Nachbargemeinden erschliesst. Die verschiedenen Voten der Vorredner sowie eine zusätzliche neue Erschliessung des Oristals werden bei der nächsten Vernehmlassung berücksichtigt.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

108 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist der SVP-Fraktion betreffend Verkehrsumlagerung im Zentrum (Nr. 2009/41)

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zu den Fragen der Interpellantin Stellung: Der H2-Vollanschluss Zentrum sollte bis im Jahre 2014 realisiert sein. Die Stadt Liestal kann ihre Anliegen betreffend Lärmschutzmassnahmen im Abschnitt Schildareal-Altmarkt usw. in der Planungsgruppe des Kantons einbringen. Eine Entlastung der Verkehrsachse Gerberstrasse-Rosenstrasse ist schwierig und diesbezüglich sind auch schon heftige Diskussionen mit der Interessengemeinschaft IG Rosen geführt worden. Der Fahrverkehr in der Rosenstrasse ist mit dem Zeichnen zusätzlicher Fussgängerstreifen langsamer geworden. Ferner wurden auch Begehren deponiert, dass die Militärfahrzeuge nicht mehr über die Rosenstrasse fahren. Von den Betrieben wird das Strassenstück Gerberstrasse-Rosenstrasse wegen zunehmender Verschmutzung auch vermehrt gereinigt. Der Stadtrat hat nicht die Absicht, die neue Verkehrsführung über die Rosenstrasse nach Abschluss der Bauarbeiten als zusätzliche Verkehrsachse aufrecht zu erhalten.

Margrit Siegrist (SVP) dankt als Interpellantin für die Beantwortung ihrer Fragen. Erfreulicherweise wird der H2-Anschluss doch konkreter. Die guten Absichten des Kantons sind erkennbar, doch sollte sich der Stadtrat noch vehementer einsetzen. Betreffend der Entlastung der Verkehrsachse Gerberstrasse-Rosenstrasse sei daran erinnert, dass der Stadtrat am 25. März 2009 im Zusammenhang mit der Postplatzneugestaltung die Stellungnahme abgegeben hatte, dass die Sperrung für den Verkehr über die Achse Poststrasse wieder aufgehoben werde. Stimmt diese Aussage immer noch?

Corinne Ruesch (GL) bemerkt, die Situation an der Rosenstrasse ist insbesondere für die Velofahrer nicht rosig. Die jetzige Verkehrspolitik des Stadtrates wird unterstützt.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf die Frage von Margrit Siegrist und informiert darüber, dass mit dem Manor-Baubeginn als flankierende Massnahmen bei der Kreuzung Rosenstrasse/Nonnenbodenweg der Verkehrsfluss individuell mit einer neuen Lichtsignalanlage gesteuert werden soll. Diesbezügliche Abklärungen mit dem Kanton laufen.

Margrit Siegrist (SVP) nimmt Bezug auf die stadträtliche Vorlage Nr. 2008/17b und zitiert daraus folgenden Absatz: „Voraussichtlich bis Ende 2010 bleibt die Achse über die Poststrasse in Folge der Bauarbeiten an der Poststrasse, dem Postplatz und dem Wasserturmplatz gesperrt. Anschliessend werden die Busse im Gegenverkehr von der Kasernenstrasse zum Bahnhof gelangen können und wird die Sperrung des Verkehrs über die Achse Poststrasse wieder aufgehoben. Es gilt aber weiterhin Einbahnverkehr. Somit entsteht voraussichtlich Ende 2010 auf den Achsen über die Rosenstrasse und die Seestrasse eine erste Entlastung“. Was ist mit der Aufhebung des Verkehrs über die Achse Poststrasse gemeint?

Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, dass der öffentliche Verkehr über die Poststrasse im Gegenverkehr verläuft. Ein Gegenverkehr für den Individualverkehr über die Poststrasse bis zum Bahnhof wird nicht möglich sein. Aus dem Stegreif kann er zum vorgängigen Votum von Margrith Siegrist nicht Stellung nehmen.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

109 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal (Nr. 2009/42)

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Margrit Siegrist (SVP) informiert als Postulantin über die von ihr gesammelten Erfahrungen als Stedtliführerin. Beiträge des Kantons sowie des Verkehrs- und Verschönerungsvereins Liestal werden an die Tourismusinfo geleistet. Zusammen mit Wirtschaftspartnern und Baselland-Tourismus könnten Massnahmen zur Tourismusförderung von Liestal getroffen werden. Den Fraktionen wird die Postulatsüberweisung empfohlen.

Meret Kaufmann (GL) erklärt, die Tourismus-Information gefalle so wie sie heute ist. Massnahmen im Zusammenhang mit einer besseren Beschilderung sind durchaus prüfenswert und so spricht sich ihre Fraktion auch für eine Postulatsüberweisung aus.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch ihre Fraktion ist für eine Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat, da Optimierungen sicher noch möglich sind. In diesem Zusammenhang sollte auch das Fehlen an Übernachtsmöglichkeiten in Liestal thematisiert werden.

Matthias Zimmermann (SP) sagt, auch seine Fraktion ist für eine Postulatsüberweisung.

Roman Zeller (FDP) orientiert, auch die FDP-Fraktion ist einstimmig für eine Überweisung.

Franz Kaufmann (SP) legt dar, dass in einem Prospekt von Baselland-Tourismus vom Mai 2009 zu lesen war, dass in Liestal bereits ein Tourismuskonzept existieren soll.

Stadtpräsidentin Regula Gysin gibt bekannt, dass vor rund einem Jahr eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus der Gastronomie, dem Verkehrs- und Verschönerungsverein, Baselland-Tourismus und der Stadt die Konzepterarbeitung in Angriff genommen hatte. Dieses Geschäft liegt bereits bei der Kommission Standort Liestal und wird demnächst dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2009/42 an den Stadtrat überwiesen.

110 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Postulat von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend professionellem Stadt- und Standortentwicklungsprogramm für Liestal (Nr. 2009/54)

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat von Matthias Zimmermann zu übernehmen.

Matthias Zimmermann (SP) dankt dem Stadtrat für seine Bereitwilligkeitserklärung zur Postulatsübernahme. Hätte man beispielsweise früher gewusst, was die Stadt Liestal im Zusammenhang mit der Pädagogischen Fachhochschule will, wäre man betreffend der Standortfrage derselben auch etwas weiter. Gemäss kürzlich publiziertem Städterating steht Liestal gut da und deshalb sollte man auch die Qualitäten sowie Vorteile weiterentwickeln. Auch die Bevölkerungszunahme von Liestal mit rund 100 Personen pro Jahr stimmt zuversichtlich. Ein Hoffnungsschimmer am Finanzhimmel ist nach dem Vorliegen des neuesten Entwicklungsplanes sichtbar und auch Standort-Themen sind erfreulicherweise enthalten.

Hanspeter Meyer (SVP) berichtet, seine Fraktion unterstütze das Anliegen des Postulates, wobei keine riesigen Papiertiger mit hohen Folgekosten entstehen sollten. Der Stadtrat wird um ein möglichst einfaches Konzept ersucht.

Michael Bischof (FDP) gibt bekannt, auch seine Fraktion unterstütze die Überweisung des Vorstosses und Vorschläge seines Vorredners. Es ist eine möglichst rasche Antwort des Stadtrates erwünscht.

Elisabeth Spiess (GL) erklärt, die GL-Fraktion spreche sich ebenfalls für eine Postulatsüberweisung aus. Im Entwicklungsplan 2010-2014 berichtet der Stadtrat ausführlich über die verschiedenen Projekte und das weitere Vorgehen, wobei der Ausblick im Vergleich zum Rückblick etwas spärlich ausfällt. Liestal braucht eine Gesamtvision, welche auf längere Zeit ausgerichtet ist. Eine professionelle Unterstützung durch Fachleute wird unterstützt.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass der Stadtrat in einem ersten Schritt ein Stadt- und Standortentwicklungsplan ohne fremde Hilfe ausarbeiten sollte. Dies wäre sicher auch eine Arbeit für den neuen Stadtverwalter.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, im Moment ist keine Vision in den Liestaler-Köpfen verankert. Die Aussagen von Matthias Zimmermann und Michael Bischof können deshalb unterstützt werden. Dem Postulanten hatte er den Vorschlag gemacht, dass dieser seinen Vorstoss gar mit einer Zeitvorgabe betreffend die stadträtliche Berichterstattung ergänzt.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf den Entwicklungsplan 2010-2014 und hält fest, dass darin verschiedene Standortfragen-Kapitel thematisiert und der Stadtrat diesbezüglich bis zum nächsten Entwicklungsplan noch zulegen wird.

://: Das Postulat Nr. 2009/47 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

111 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend massiven (börsenbedingten?) Unterdeckung der BLPK (Nr. 2009/54)

Stadtrat Peter Rohrbach beantwortet die Fragen anhand des Geschäftsberichtes 2008 der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLPK). Von der BLPK werden rund 5 Milliarden Franken verwaltet. Gemäss Empfehlungsschreiben des Kantons vom letzten Herbst ist in der Rechnung 2008 die Eventualverpflichtung in der Höhe von rund 13 Millionen berücksichtigt worden. Im Zusammenhang mit dem Budget 2010 ist die Stadt kürzlich vom Kanton darüber informiert worden, dass keine neuen Beiträge als Rückstellungen zu veranschlagen sind. Für die BLPK besteht eine Staatsgarantie und gemäss Geschäftsbericht ist deren Zustand nicht besorgniserregend. Die Entwicklung der Anlagewerte wird im Geschäftsbericht auf den Seiten 19 und 24 aufgezeigt, und es ist klar, dass die Wertschriften am meisten gelitten haben. Die Anlagestrategie ist ebenfalls im Bericht aufgeführt und wird von verschiedenen kompetenten Aufsichtsgremien überwacht. Die Frage bezüglich einem Vergleich der BLPK mit der Basler Pensionskasse betreffend deren Unterdeckungen müsste von einem Fachmann gemacht werden und kann so nicht vom Stadtrat beantwortet werden. Eine Mitverantwortung der Stadt für ihre Mitarbeiter bzw. Versicherten der BLPK ist beispielsweise mit der bereits erwähnten Eventualverpflichtung gegeben. In den Arbeitgebervertretungen sowie Arbeitnehmervertretungen ist auch Liestal vertreten. Wie eingangs erwähnt, sind von der Stadt keine weiteren Rückstellungen zu machen. Die letzte Frage betreffend einem Vergleich der verschiedenen Pensionskassen ist nicht möglich. Abschliessend muss festgehalten werden, dass eine vertiefte Beurteilung der BLPK durch den Stadtrat nicht möglich ist.

Ernst Burkhardt (SP) meint, es wäre interessant gewesen, wenn die BLPK die Fragen seiner Interpellation gleich selbst beantwortet hätte, damit wäre ein Zitieren aus dem Geschäftsbericht der BLPK unnötig gewesen. Er weiss, dass von einer BLPK-internen Arbeitsgruppe das Ganze analysiert und zu gegebener Zeit über die Ergebnisse berichtet wird.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, die BLPK ist mit ihren Zahlen durchschnittlich immer noch besser als der gesamtschweizerischen Durchschnitt. Es wird daran erinnert, dass in den 70er-Jahren der Deckungsgrad der BLPK wesentlich tiefer war als heute.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

112 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Fragestunde

1. Frage / Hanspeter Zumsteg (GL): Welche technischen und Verhaltens-Massnahmen wurden seit Einführung des Energiestadt-Labels geplant und/oder umgesetzt in Verwaltung, Werkhof, Schulhäusern, Schwimmbad, Parkhaus?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Verwaltung ist in Zusammenarbeit mit der Energiekommission an der Umsetzung der Massnahmen, welche der Einwohnerrat beschlossen hat. So wurde der Energietipp im Liestal aktuell mit grossem Erfolg eingeführt. Schulungen der Mitarbeitenden der Stadt, die Erarbeitung eines Wärmekatasters usw. sind weitere von ca. 50 Massnahmen. Für die Bevölkerung wurde am letzten Warenmarkt eine Aktion zum Thema Wassersparen durchgeführt. Nächstes Jahr sind in den Schulen noch weitere Aktionen geplant.

Hanspeter Zumsteg: Es wäre wünschenswert, wenn das Thema Energiestadt etwas besser und aktueller auf der Homepage der Stadt Liestal präsentiert würde, beispielsweise unter der Hauptrubrik „Aktuelles“.

2. Frage / Matthias Zimmermann (SP): Die Poststrasse ist bis auf die Bäume fertiggestellt. Der Grund, weshalb die Bäume noch fehlen, sollte den Medien übrigens noch mitgeteilt werden. Obwohl nur der Zubringerdienst bis zur Post und bis zum Sportgeschäft erlaubt ist, wird die neue Poststrasse als illegale Abkürzung und nachts gar als Rennstrecke missbraucht. Was wird unternommen, um diese Beschränkung auf den Zubringerdienst durchzusetzen und wann wird die Begegnungszone auf der Poststrasse eingeführt.

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Begegnungszone wird mit der Fertigstellung des Postplatzes eingeführt, was anfangs nächsten Jahres der Fall sein wird. Auf diesen Zeitpunkt werden dann auch Tempo 30-Tafeln aufgestellt und Polizeikontrollen durchgeführt. Weitere flankierende Massnahmen werden vom Stadtbauamt und der Stadtpolizei noch abgeklärt.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP): Nächstes Jahr wird die Tour de Suisse in Liestal gastieren. Eine einmalige Chance für Liestal. Wie wird sich die Stadt engagieren? Wie wird die Bevölkerung einbezogen? Kann man hier schon informieren?

Stadtrat Lukas Ott: Der VMC Liestal ist vom Stadtrat zur Bewerbung als Austragungsort ermuntert worden. Dem Verein ist seitens Stadt nicht sehr viel Geld in Aussicht gestellt worden. Die Vermarktungsagentur, welche hinter dem Anlass Tour des Suisse steht, ist ein gewinnorientiertes Unternehmen, weshalb vom Stadtrat eine gewisse zurückhaltende Haltung betreffend finanziellen Beiträgen eingenommen wurde. Sicher wird sich die Stadt in Form von Dienstleistungen beteiligen. Das OK hat sich noch nicht konstituiert, weshalb im heutigen Zeitpunkt auch nicht über Genaueres berichtet werden kann. Sicher werden die Bevölkerung und auch das örtliche Gewerbe mit einbezogen und der Einwohnerrat zur gegebenen Zeit wieder orientiert.

4. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Die Brüstung an der Poststrasse ist nicht ganz ungefährlich. Wer trägt die Verantwortung und die Kosten bei Unfällen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Der Werkeigentümer haftet, wenn Mängel am Werk zu Schäden oder Unfällen führen. Das Werk ist nach SIA-Normen gebaut worden und wurde vom Kanton abgenommen, weshalb sich die Haftungsfrage erübrigt.

5. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Warum dürfen beim Imbissstand in der Allee Container und Gebinde ausserhalb der Blechhütten am Bachufer deponiert werden?

Stadtrat Ruedi Riesen: Es ist tatsächlich eine Sauerei und es muss für Ordnung gesorgt werden. Der Platz beim Imbissstand muss auch aus sicherheitstechnischen Gründen noch ausgeleuchtet werden. Dem Betreiber der Imbissstube ist dies bereits schriftlich mitgeteilt worden und es findet diesbezüglich noch eine Besprechung statt.

6. Frage / Erika Eichenberger (GL): Vor den Ferien ist der Einwohnerrat darüber informiert worden, dass von der Stadt vor dem Joy Tischgarnituren aufgestellt werden, damit der wachsenden Zahl Jugendlicher ein gemütlicher Sitzplatz zur Verfügung steht. Gleichzeitig wurde vom Joy eine Bar installiert, welche regen Zulauf hatte. Nun wurden in der Allee neue Parkplätze vor dem Joy installiert. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass er mit dieser Aktion die Jugendarbeit empfindlich trifft?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Tischgarnituren sind gemäss Abmachung mit dem Joy bis zu Sommerferienbeginn aufgestellt worden, da während der Sommerferien das Joy meist geschlossen ist. Es wurden zusätzlich und befristet 7 Parkplätze in der Allee geschaffen, da wegen verschiedener Bauarbeiten in der Kanonengasse usw. einige Parkplätze wegfallen.

7. Frage / Meret Kaufmann (GL): Am 18. September findet im Baselbiet die 4 Juginight statt. In den Jugendtreffs ist Tag der offenen Tür und ein Shuttlebus verkehrt zwischen den Jugis, damit diese besucht werden können. Warum macht das Jugendhaus Joy in Liestal nicht mit? Stadtpräsidentin Regula Gysin: Das Nicht-Mitmachen des Joy wundert auch den Stadtrat. Die Jugendhausleitung konnte nicht erreicht werden, weshalb die Frage auch nicht beantwortet werden kann. Die Antwort wird noch nachgeliefert.

8. Frage / Hans Brodbeck (FDP): Mitte Juli wurde an den offiziellen Plakatstellen ein Plakat mit dem Text „In Liestal gilt Leinenpflicht März bis Juli“ aufgestellt. Die Leinenpflicht für Hunde ist im kantonalen Jagdgesetz geregelt. Weshalb werden fast am Ende der Setzzeit solche Plakate noch in Liestal angeschlagen und weshalb wurde diese veranlasst?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: In Liestal gibt es keine generelle Leinenpflicht für Hunde und diesbezüglich ist vom Stadtrat auch nichts beschlossen worden, weshalb eine Rechtsgrundlage fehlt. Die Plakate sind im Siedlungsgebiet und nicht an heiklen Orten wie Sichtern etc. ausgehängt worden. Dieser Fehler wurde erkannt und nächstes Jahr werden die Plakate an den Orten aufgehängt, die vom Verbot betroffen sind.

9. Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP): Erfüllen die Glaswände beim Bahnhof Liestal ihren Zweck und wie sind die Reaktionen aus der Bevölkerung?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Lärmschutzwände werden aufgrund von theoretischen Berechnungen erstellt. Es braucht noch rund 1 ½ Jahre bis die letzten Lärmschutzwände installiert sind. Wegen dem Fehlen der Lärmschutzwände auf der Gegenseite der Poststrasse usw. können noch keine Messungen durchgeführt werden. Die Bevölkerung wird zur gegebenen Zeit über die Ergebnisse der Messungen informiert.

10. Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP): Wegen Abwesenheit von Stadtrat Ruedi Riesen bei der Behandlung von Traktandum-Nr. 3 bringt sie gemäss Empfehlung ihre Frage mündlich vor: Wie sind die weiteren Schritte bezüglich der Mobilfunkantennen-Standorte in Liestal?

Stadtrat Ruedi Riesen: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2008/36a entspricht dem heutigen Stand. Weitere Standorte beim Hotel Engel, bei Schulhäusern und im Raum der Kaserne werden geprüft. Nach wie vor hält man sich an das Konzept aus dem Jahre 2006, welches dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht wurde. Der Einwohnerrat wird zur gegebenen Zeit über den neuesten Stand der verschiedenen Abklärungen informiert.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Adrian Mächler

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann